

SELBSTBESTIMMUNGSINITIATIVE DEUTLICH ABGELEHNT: WAS HEISST DAS?

Die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative ist am 25. November 2018 mit 66,2 % der Stimmen und von allen Kantonen mehr als deutlich abgelehnt worden. Das ist ein unerwartet grosser Erfolg. Zu den Gegnerinnen der Initiative gehörte auch die Schweizerische Helsinki-Vereinigung SHV. Wir waren Mitglied der Allianz der Zivilgesellschaft, welche sich sehr frühzeitig engagierte (Schutzfaktor M). Zur Allianz gehörten mehr als 100 zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Schweizerische Rote Kreuz, Caritas, Heks, Pro Infirmis, Amnesty International, humanrights.ch usw. Es ist gelungen, deutlich zu machen, dass die Initiative die Menschenrechte der Schweizerinnen und Schweizer und der anderen Einwohner der Schweiz konkret gefährdet hätte.



Xenia Hediger, Susanne Rudolf, Andrea Huber und Lea Schreier von der Geschäftsstelle Schutzfaktor M
Bild: Schutzfaktor M

Das Bundesgericht hätte die Grundrechte der EMRK bei einem Widerspruch zur Bundesverfassung nicht mehr anwenden können und der Rechtsweg an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg wäre eingeschränkt worden. Die Kündigung der EMRK wäre möglicherweise nötig geworden. Es gab noch weitere Argumente gegen die Initiative, welche von anderer Seite, z.B. von VertreterInnen der Wirtschaft mit Erfolg vorgebracht wurden, namentlich die Verlässlichkeit der Schweiz als Vertragspartner im internationalen Verkehr.

Die Selbstbestimmungsinitiative passte gut zur zunehmenden Tendenz in verschiedenen OSZE-Teilnehmerstaaten: multilaterale Verpflichtungen werden als Behinderung nationaler Interessen gesehen. Die Einhaltung des Völkerrechts wird zwar von den anderen Staaten gefordert, selbst aber höchst selektiv beachtet. Die Einsicht, dass globale Probleme, wie z.B. die Migration oder die Bedrohung der Umwelt nur durch gemeinsame Anstrengungen bewältigt werden können, ist nur beschränkt vorhanden. Multilaterale Organisationen wie die UNO oder die OSZE werden gering geschätzt. Mit populistischen Versprechen und mit Angriffen auf Minderheiten werden Wahlerfolge erzielt.

Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich diesem Trend widersetzt, obwohl die Propaganda ihnen weismachen wollte, dass die Schweiz bei einer Ablehnung der Initiative ihre Souveränität verliere, sowie eine Masseneinwanderung und ein wirtschaftlicher Niedergang drohen. Weitere Initiativen und Referenden werden zur Abstimmung kommen, wo es erneut um die Rolle der Schweiz im internationalen Umfeld gehen wird. Wichtig wird bleiben, dass zivilgesellschaftliche Organisationen verständlich machen können, dass die Schweiz keine isolierte Insel, sondern mitten in Europa gelegen und mit unseren Nachbarn und weiteren Staaten eng verbunden ist. Zusammenarbeit ist gefragt, nicht Abschottung.

So kann uns in der Schweiz z.B. das Schicksal der Bevölkerung im Westbalkan nicht gleichgültig lassen. Deshalb wird sich die SHV auch weiterhin in diesem Raum engagieren. Sie wird mit ihren beschränkten Mitteln versuchen, den Jugendlichen positive Erfahrungen im Kontakt mit Gleichaltrigen aus Nachbarstaaten zu verschaffen und nationalistisch gefärbte Vorurteile in Frage zu stellen. Nach zwei erfolgreichen Sommerschulen ist geplant, im Sommer 2019 in Nordmazedonien eine weitere Sommerschule durchzuführen. Auch in der Schweiz wollen wir den Kontakt zu Schülerinnen und Schülern suchen, um mit ihnen über die Bedeutung der Menschenrechte, der Demokratie und des Rechtsstaates und über die Aufgaben der OSZE zu diskutieren. Im Rahmen der Civic Solidarity Platform setzen wir uns ein für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat im ganzen OSZE-Bereich. Wenn diese Grundwerte in der Schweiz zentral betroffen sind, wird sich die SHV erneut engagieren.

Christoph Lanz